

Ressort: Politik

Wirtschaftsforscher: Mindestlohn und "Rente mit 63" führen zu Jobabba

Berlin, 06.04.2014, 00:00 Uhr

GDN - Die Rente mit 63 und der geplante Mindestlohn der Großen Koalition werden nach Berechnungen führender Wirtschaftsexperten zu einem Arbeitsplatzabbau im hohen sechsstelligen Bereich führen. Der Rentenexperte Axel Börsch-Supan vom Max-Planck-Institut für Sozialpolitik sagte "Bild am Sonntag": "Die Rente mit 63 wird den Facharbeitermangel spürbar verschärfen. Sie wird uns circa 250.000 Beschäftigte kosten, im Vergleich also fast zehn Prozent der derzeitigen Arbeitslosen. Das bremst die Wirtschaft." Ökonom Hans-Werner Sinn vom ifo-Institut warnt vor einem Jobabbau durch den Mindestlohn von 8,50 Euro: "Der Mindestlohn gefährdet bis zu 900.000 Arbeitsplätze."

Sein Kollege Börsch-Supan kritisiert, dass der Mindestlohn bereits ab 18 Jahren gelten soll: "Der Mindestlohn wird bei der Jugendarbeitslosigkeit voll durchschlagen. Dort werden die Zahlen signifikant ansteigen. Der Mindestlohn darf erst ab 25 Jahre gelten." Der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bundesregierung stellt Börsch-Supan ein verheerendes Zeugnis aus: "Die Große Koalition schwächt mit ihrer Politik den Wirtschaftsstandort Deutschland. Das gilt insbesondere für die Energiewende, die an Selbstmord grenzt. Aber auch in der Beschäftigungs- und Sozialpolitik werden die Reformfolge der Agenda 2010 verfrühstückt. Sozialleistungen müssen nun einmal aus dem Bruttoinlandsprodukt bezahlt werden. Dieser Grundsatz wird gerade mit Füßen getreten." Auch Lutz Goebel, Präsident des Verbandes der Familienunternehmer, kritisiert die Bundesregierung scharf: "Die Große Koalition verspielt unsere Wettbewerbsvorteile und schickt unser Land auf den abschüssigen Weg von Frankreich, dem Sorgenkind Europas." Auch an der Energiewende gibt es heftige Kritik. Professor Hans-Werner Sinn vom Ifo-Institut bezeichnete die Energiewende gegenüber "Bild am Sonntag" als einen "unfassbar teuren Irrweg". Marc Tüngler, Hauptgeschäftsführer der deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz, sagte: "Das ist schlichtweg Planwirtschaft ohne Plan mit falschen Anreizen, die die Energiewende für die Wirtschaft und Bürger unnötig unerträglich teuer macht." Alarmiert ist auch Mario Ohoven, Präsident des Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft: "Die Große Koalition steuert in der Energiepolitik einen brandgefährlichen Kurs. Explodierende Energiekosten plus steigende Lohnzusatzkosten gefährden den Standort Deutschland. Schon heute zahlen unsere Unternehmen mit die höchsten Preise für Industriestrom in Europa." Ohoven weiter: "Erste Mittelständler, darunter Weltmarktführer wie Kalle in Wiesbaden, haben bereits wegen der Energiekosten für Deutschland geplante Investitionen im Ausland getätigt und Produktionsstandorte ins europäische Ausland verlagern müssen. Der Chemiekonzern Clariant beispielsweise baut jetzt drei Werke in den USA, obwohl er lieber in Deutschland geblieben wäre."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-32690/wirtschaftsforscher-mindestlohn-und-rente-mit-63-fuehren-zu-jobabbau.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619